

PRESSEMITTEILUNG

Frankfurt am Main, 25. Juli 2026

Werksschließung ist nicht die einzige Option: IfU schlägt genossenschaftliche Belegschaftsübernahme für VW-Werke vor

Was für Aktionäre zu wenig Rendite bringt, kann für Beschäftigte mehr als ausreichend sein — ein erprobtes Modell wartet auf politische Flankierung

Die Halbjahreszahlen des Volkswagen-Konzerns bestätigen: Die Krise ist strukturell. Eine operative Marge von 3,8 Prozent, der Abbau von bis zu 50.000 Stellen, die ungewisse Zukunft mehrerer deutscher Werke — und im Hintergrund der wachsende Druck chinesischer Wettbewerber. Konzernchef Oliver Blume spricht vom „tiefgreifendsten Transformationsprogramm“ in der Geschichte des Konzerns.

Doch die entscheidende Frage stellt niemand öffentlich: **Ist ein Werk wirklich unrentabel — oder ist es nur für renditegetriebene Aktionäre nicht rentabel genug?**

Das Institut für Unternehmensdemokratie e.V. (IfU) macht auf einen grundlegenden Bewertungsunterschied aufmerksam: Was aus Investorenperspektive als unzureichend gilt, kann aus Beschäftigtenperspektive dauerhaft tragfähig sein. Ein Werk, das 4 Prozent operative Marge erwirtschaftet, bietet einem Finanzinvestor zu wenig Rendite — sichert aber stabile Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung und langfristig eine wirtschaftlich gesunde Grundlage für die Belegschaft. Der Wirtschaftswissenschaftler Sean Geobey hat diesen Mechanismus präzise beschrieben: Wenn nicht der Kapitalinvestor, sondern die Beschäftigten die eigentlichen Risikoträger und Nutznießer eines Unternehmens sind, ändern sich die Maßstäbe seiner Bewertung grundlegend. Was Investoren schließen, können Belegschaften erhalten und weiterentwickeln.

GenoESOP: Übernahme ohne Eigenkapital der Beschäftigten

Das IfU fordert daher, die genossenschaftliche Belegschaftsübernahme — kurz **GenoESOP** — als ernstzunehmende Alternative zu Werksschließungen zu prüfen. Das Modell erlaubt Belegschaften, Unternehmensanteile oder ganze Betriebe zu übernehmen — finanziert nicht durch Eigenkapital der Beschäftigten, sondern durch die künftigen Gewinne des Unternehmens selbst.

Das Prinzip funktioniert bereits in Deutschland: Die Münchner IT-Firma Iteratec GmbH (ca. 500 Beschäftigte) vollzieht seit 2018 schrittweise eine solche Belegschaftsübernahme über die *Iteratec Nurdemteam eG*. Eine Studie des IfU (*Kuch/Warren, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2026*) hat dieses Modell erstmals systematisch analysiert.

„Die technische Machbarkeit ist bewiesen. Was fehlt, ist der politische Wille, das Modell zu ermöglichen. Wenn ein Werk eine Marge erwirtschaftet, die für Beschäftigte und den Standort ausreicht, aber nicht für die Renditeziele eines

Finanzkonzerns — dann ist Schließung keine wirtschaftliche Notwendigkeit. Sie ist eine Eigentümerentscheidung. Und Eigentümerstrukturen lassen sich ändern."

— **Dr. Jerome Warren, Co-Direktor, Institut für Unternehmensdemokratie e.V.**

Das Lehrstück Mondragon: Krisenresilienz durch Belegschaftseigentum

Dass genossenschaftliche Unternehmensstrukturen gerade in Krisensituationen besondere Stärke entfalten, zeigt die baskische Unternehmensgruppe Mondragon. Mit über 75.000 Beschäftigten in mehr als 260 Unternehmen ist Mondragon die größte Industriegenossenschaft der Welt. In der Rezession nach 2008 gelang es dem Verbund, Tausende von Beschäftigten innerhalb des Netzwerks umzuschichten statt zu entlassen — inklusive Umschulungskosten und Lohnausgleich. Als die Kooperative Fagor Electrodomésticos, einer der größten Haushaltsgerätehersteller Europas, trotzdem Insolvenz anmelden musste, fand Mondragon innerhalb von sechs Monaten für rund 1.500 der betroffenen Beschäftigten neue Stellen im Verbund.

Strukturwandel demokratisch gestalten — auch in Berlin

Dasselbe Bewertungsproblem zeigt sich auch anderswo: Bei **IAV GmbH** (Ingenieurdienstleister für Automobil, Schiene und Energie, ca. 1.400 Stellen in Berlin betroffen) verfügt die Belegschaft über erhebliches technologisches Know-how für die Transformation der Mobilität. Eine Belegschaftsübernahme könnte hier Standorte erhalten und das Geschäftsmodell demokratisch in Richtung zukunftsfähiger Mobilität weiterentwickeln.

Was jetzt gebraucht wird

Das parlamentarische Verfahren zur Novellierung des Genossenschaftsgesetzes läuft. Der Bundestag hat jetzt die Möglichkeit, die genossenschaftliche Belegschaftsübernahme rechtlich zu verankern und steuerlich zu flankieren — damit sie als echte Alternative zur Schließung taugt. Parallel dazu sollte die KfW Belegschaftsübernahmen als förderfähige Instrumente der Strukturpolitik anerkennen. Erste Gespräche mit dem Bundesfinanzministerium laufen.

„Massenentlassungen kosten den Staat Milliarden — in Transferleistungen, Qualifikationsverlusten und regionaler Abwärtsspirale. Eine Belegschaftsübernahme hingegen sichert Steuereinnahmen, Arbeitsplätze und lokale Wertschöpfung. Das ist nicht Ideologie, sondern Wirtschaftspolitik.“ — **Dr. Jerome Warren**

Über das Institut für Unternehmensdemokratie e.V.

Das Institut für Unternehmensdemokratie e.V. (IfU) ist ein unabhängiges Forschungs- und Politikinstitut mit Sitz in Frankfurt am Main. Es befasst sich mit Modellen der Wirtschaftsdemokratie, insbesondere mit genossenschaftlichen Belegschaftsübernahmen (GenoESOP), und berät Politik, Unternehmen und Zivilgesellschaft. Weitere Informationen: www.ifu-institut.org

PRESSEKONTAKT

Dr. Jerome Warren

Co-Direktor, Institut für Unternehmensdemokratie e.V.

info@ifu-institut.org · www.ifu-institut.org